

508731-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Umzugsdienste – Rahmenvertrag über Räumungsleistungen in Wohnungen des Auftraggebers im Stadtgebiet Leipzig
OJ S 140/2026 23/07/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Leipziger Wohnungs-und Baugesellschaft mbH

E-Mail: einkauf@lwb.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvertrag über Räumungsleistungen in Wohnungen des Auftraggebers im Stadtgebiet Leipzig

Beschreibung: Rahmenvertrag über Räumungsleistungen in Wohnungen des Auftraggebers im Stadtgebiet Leipzig

Kennung des Verfahrens: bde6e82b-4de4-4ec4-89e4-b47cb5768d6b

Interne Kennung: LWB_ZE-2026-0082

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 98392000 Umzugsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 63120000 Lagerung und Lagerhaltung, 60000000 Transport- und Beförderungsdienstleistungen (außer Abfalltransport), 90512000 Transport von Haushaltsabfällen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Diverse Objektadressen im Stadtgebiet Leipzig

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04103

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Die Kommunikation im Vergabeverfahren: Die Kommunikation für Verfahren mit ausschließlicher elektronischer Angebotsabgabe erfolgt nur über die Plattform evergabe.de. Informationen über Änderungen der Bekanntmachung /Vergabeunterlagen sowie nach der Angebotsöffnung folgende Kommunikation (z.B. Bieterinformation) werden elektronisch über evergabe.de bereitgestellt. Auch die Bieterfragen zu den Vergabeunterlagen müssen elektronisch über evergabe.de gestellt werden. Deren Beantwortung erfolgt ebenfalls elektronisch über die Plattform. Werden die erforderlichen

Unterlagen ohne Registrierung kostenfrei durch die Bewerber/Bieter heruntergeladen, erfolgt keine automatische Benachrichtigung über mögliche Änderungen zur Vergabe. Die Bewerber/Bieter haben sich über alle eingestellten Hinweise/Antworten/Änderungen eigenständig zu informieren und deren Inhalte zu berücksichtigen. Informationen zu den technischen Anforderungen und Hilfe bei technischen Problemen erhalten Sie unter evergabe.de. 2. Auskünfte/Rückfragen zum Verfahren: Bieterfragen sind spätestens bis zum 28.07.2026 einzureichen. 3. Werden im Vergabeverfahren mehrere Versionen der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt, ist zwingend die aktuellste Version zur Angebotsabgabe zu verwenden. Andernfalls kann das Angebot ausgeschlossen werden. 4. Die Einreichung der Angebote per Telefax, E-Mail oder über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform ist nicht zulässig. Die elektronische Angebotsabgabe ist nur elektronisch in Textform, mit fortgeschrittener oder qualifizierter Signatur zugelassen. Angebotsschreiben und Eigenerklärungen sind in Textform zu zeichnen. 5. Nicht fristgerecht eingereichte Angebote werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. 6. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe über die Vergabeplattform darauf hinzuweisen. 7. Abweichende Vertragsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann Bestandteil des Vertrages, wenn der Auftraggeber ihrer Geltung ausdrücklich und schriftlich zugestimmt hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt ausnahmslos, auch in Fällen, in denen der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragserteilung auf seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen verweist und der Auftraggeber diesen nicht ausdrücklich widerspricht. 8. Nicht deutschsprachigen Nachweisen ist eine Übersetzung in Deutsch beizufügen. 9. Allgemeine Werbebroschüren und weitere Unterlagen zur Vorstellung des Bieters sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen, sind nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt. 10. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung abzugeben, in der: - die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird, - alle Mitglieder aufgeführt sind, - ein von allen Mitgliedern gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und darüber hinaus uneingeschränkt für jedes Mitglied bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist und - die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder erklärt wird (Formular 234). 11. Geforderte Eigenerklärungen sind von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft separat abzugeben, geforderte Nachweise separat vorzulegen und zusammen mit dem Angebot abzugeben. 12. Bedient sich der Bieter/die Bietergemeinschaft eines Nachunternehmers und beruft er/sie sich auf dessen technische, wirtschaftliche und /oder finanzielle Leistungsfähigkeit (hierzu ist Formular 235 vorzulegen), so hat er die Nachweise und Erklärungen in entsprechender Weise auch von dem Nachunternehmer mit dem Angebot vorzulegen. Beabsichtigt der Bieter/die Bietergemeinschaft den Einsatz von Nachunternehmern, ohne sich auf deren technische, wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit zum Nachweis der Eignung zu berufen, sind für diese Nachunternehmer mit dem Angebot lediglich die geforderten Eigenerklärungen zu den Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB sowie zur Einhaltung der Vorgaben des Artikels 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 vorzulegen. 13. Sofern sich der Bieter/die Bietergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf die Kapazitäten eines Dritten gemäß § 47 VgV beruft, ist nachzuweisen, dass die erforderlichen Ressourcen für die Auftragsausführung tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Hierzu ist die Verpflichtungserklärung (Formular 236) auf gesondertes Verlangen vorzulegen. 14. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Angebote nicht älter als 12 Monate sein. 15. Die vorstehenden Regelungen zu Bietergemeinschaften, Nachunternehmern sowie zur Eignungsleihe gelten für sämtliche geforderten Eignungskriterien. Bei Nachunternehmern, deren Leistungsfähigkeit nicht zum Nachweis der Eignung herangezogen wird, sind ausschließlich die ausdrücklich hierfür geforderten Erklärungen vorzulegen. 16. Soweit für die Ausführung einzelner

Leistungsbestandteile gesetzliche Erlaubnisse, Zulassungen oder Zertifizierungen erforderlich sind, behält sich der Auftraggeber vor, entsprechende Nachweise der vorgesehenen Nachunternehmer auf gesondertes Verlangen anzufordern.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 125 GWB. Das Nichtvorliegen ist durch Eigenerklärung (Formular) nachzuweisen. Eigenerklärung und dazugehörige Erläuterungen, dass eine Selbstreinigung gemäß § 125 GWB stattgefunden hat.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Rahmenvertrag über Räumungsleistungen in Wohnungen des Auftraggebers im Stadtgebiet Leipzig

Beschreibung: Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH beabsichtigt, Räumungsleistungen zu vergeben. Gegenstand der Ausschreibung ist der Abschluss eines Rahmenvertrages über die Durchführung von Räumungsleistungen in Wohnungen des Auftraggebers im Stadtgebiet Leipzig. Die Leistungen betreffen Wohnräume einschließlich sämtlicher zugehöriger Nebenräume (z. B. Keller-, Boden-, Abstellräume, Nebengelasse sowie Briefkästen) in Gebäuden mit bis zu 16 Geschossen. Die Leistungen umfassen sämtliche zur vollständigen Räumung erforderlichen Arbeiten einschließlich aller unmittelbar damit verbundenen Nebenleistungen. Hierzu gehören insbesondere: -Besichtigung der zu räumenden Mieteinheiten, -Erstellung eines Inventarverzeichnisses einschließlich

fotografischer Dokumentation sowie Identifizierung und überschlägiger Wertermittlung verwertbarer Gegenstände, -Einholung erforderlicher Genehmigungen, -Unterstützung bei der Sicherung relevanter Unterlagen, -vollständige Beräumung der Wohnungen einschließlich Demontage von Einbauten, -Sortierung, Verpackung und Sicherung von Wertgegenständen, -Transport sämtlicher Gegenstände, -Trennung und fachgerechte Entsorgung von Hausrat, Sperrmüll, Elektroaltgeräten, schadstoffhaltigen Stoffen und sonstigen Abfällen einschließlich Entsorgungsnachweisen, -datenschutzkonforme Vernichtung personenbezogener Unterlagen und Löschung digitaler Datenträger, -Herstellung eines besenreinen Zustandes sowie Durchführung notwendiger Abdichtungs- und Sicherungsmaßnahmen (z. B. Schließen von Absperrventilen, Anbringen von Endkappen oder Geruchsschlüssen), -elektronische Dokumentation sämtlicher Leistungen einschließlich Übergabe der Dokumentation an den Auftraggeber, -Einlagerung von Wertgegenständen und verwertungsfähigen Gegenständen in geeigneten, gesicherten Lagern, -Verwertung verwertbarer Gegenstände durch Versteigerung oder Verkauf Der geschätzte Leistungsumfang beträgt etwa 130 Wohnungsräumungen pro Kalenderjahr. Hierbei handelt es sich um eine unverbindliche Schätzung. Ein Anspruch auf Ausschöpfung des geschätzten Leistungsumfangs besteht nicht.
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 98392000 Umzugsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 63120000 Lagerung und Lagerhaltung, 60000000 Transport- und Beförderungsdienstleistungen (außer Abfalltransport), 90512000 Transport von Haushaltsabfällen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Diverse Objektadressen im Stadtgebiet Leipzig

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04103

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Stadtgebiet Leipzig

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04103

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/10/2026

Enddatum der Laufzeit: 30/09/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Rahmenvertrag verlängert sich automatisch dreimal um jeweils ein weiteres Jahr, wenn er nicht durch einen der Vertragspartner unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ablauf der Festlaufzeit bzw. der verlängerten Laufzeit gekündigt wird. Eine weitere Verlängerung des Vertrages über den 30.09.2030 hinaus ist ausgeschlossen, er endet zu diesem Zeitpunkt, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

5.1.5. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 1 731 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Es handelt sich um die Vergabe wiederkehrender Aufträge

Beschreibung: ca. 3-6 Monate vor Ende der Festlaufzeit oder bei Verlängerung des Verlängerungszeitraums.

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: Für die geforderten Eigenerklärungen sollen, soweit vorhanden, die beigefügten Formulare verwendet werden. Folgende Unterlagen/Nachweise/Erklärungen sind dem Teilnahmeantrag/ Angebot beizufügen: - Eigenerklärung Anzahl und Qualifikation der gewerblichen Arbeitnehmer. Der Bieter verfügt über mindestens fünf Beschäftigte, die insgesamt die für die Leistung erforderlichen Qualifikationen abdecken, insbesondere: Erfahrung bei Wohnungsräumungen und Haushaltsauflösungen, Fachkunde bei Abfalltrennung und Entsorgung, mindestens ein Fahrer mit Fahrerlaubnis Klasse C1/C oder CE, Erfahrung im Umgang mit wert- oder sicherungsbedürftigen Gegenständen. - Eigenerklärung zu Referenzen: Mindestens zwei Referenzen über in den letzten drei Geschäftsjahren (ab 2023) mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Leistungen, jeweils unter konkreter Benennung des Auftraggebers nebst Ansprechpartner und Erreichbarkeit, des Auftragsgegenstandes, des Umfangs, des Leistungszeitraum und des Auftragswertes - Eigenerklärung über für die Leistungserbringung erforderliche, vorhandene Technische Ausstattung und Lagerkapazitäten

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignung zur Berufsausübung: Für die geforderten Eigenerklärungen sollen, soweit vorhanden, die beigefügten Formulare verwendet werden. Folgende Unterlagen/Nachweise/ Erklärungen sind dem Angebot beizufügen: - Eigenerklärung über die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe des Niederlassungsstaates (§ 44 VgV). Soweit nach dem Recht des Niederlassungsstaates eine Eintragungspflicht besteht, ist auf gesondertes Verlangen ein entsprechender Registerauszug (nicht älter als 12 Monate) vorzulegen. - Eigenerklärung zur Eintragung bei der Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer, soweit nach deutschem Recht einschlägig bzw. eine entsprechende Mitgliedschaft nach dem Recht des Niederlassungsstaates besteht. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist ein entsprechender Nachweis vorzulegen. - Erlaubnis über eine gültige Erlaubnis gemäß § 34b Gewerbeordnung (GewO) zur Durchführung von Versteigerungen. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist ein entsprechender Nachweis vorzulegen. - Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 und 124 GWB vorliegen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Für die geforderten Eigenerklärungen sollen, soweit vorhanden, die beigelegten Formulare verwendet werden. Folgende Unterlagen/Nachweise/Erklärungen sind dem Teilnahmeantrag/Angebot beizufügen: - Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, Mindeststandard: Der durchschnittliche Jahresumsatz aus mit dem Auftragsgegenstand vergleichbaren Leistungen muss in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mindestens 300.000 EUR (netto) betragen. - Eigenerklärung über das Bestehen oder den Abschluss einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens mit folgenden Mindestdeckungssummen pro Schadensfall: Personenschäden: 500.000 EUR, Sachschäden: 500.000 EUR, Vermögensschäden: 100.000 EUR, jeweils mit einer Maximierung der Ersatzleistungen auf mindestens das Zweifache der vorgenannten Deckungssummen je Versicherungsjahr. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist eine zum Zeitpunkt der Vorlage gültige, nicht älter als zwölf Monate ausgestellte Bescheinigung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vorzulegen. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass das Versicherungsunternehmen mit dem Bieter bereits eine den geforderten Mindeststandards entsprechende Versicherung abgeschlossen hat oder verbindlich erklärt, im Falle der Zuschlagserteilung eine den geforderten Mindeststandards entsprechende Versicherung mit dem Bieter abzuschließen - Eigenerklärung über das Bestehen oder den Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Güterschäden gemäß § 7a Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist eine zum Zeitpunkt der Vorlage gültige, nicht älter als zwölf Monate ausgestellte Bescheinigung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vorzulegen. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass das Versicherungsunternehmen mit dem Bieter bereits eine den geforderten Mindeststandards entsprechende Versicherung abgeschlossen hat oder verbindlich erklärt, im Falle der Zuschlagserteilung eine den geforderten Mindeststandards entsprechende Versicherung mit dem Bieter abzuschließen - Erklärung zu Sanktionen: Eigenerklärung zum Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-19f189b4f4c-ed7c02a6ae4aa84>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 12/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 40 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt gemäß § 56 Abs. 2 - 4 VgV.

Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht alle geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen enthalten, werden ausgeschlossen, sofern diese auf Anforderung nicht innerhalb einer gesetzten Frist nachgeliefert werden.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen, DS Leipzig

Informationen über die Überprüfungsfristen: Einlegung von Rechtsbehelfen Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Leipziger Wohnungs-und Baugesellschaft mbH
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Leipziger Wohnungs-und Baugesellschaft mbH

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Leipziger Wohnungs-und Baugesellschaft mbH
Registrierungsnummer: USt-ID. DE141498380
Postanschrift: Wintergartenstraße 4
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04103
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentraler Einkauf
E-Mail: einkauf@lwb.de
Telefon: +49 341 9922 0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen, DS Leipzig
Registrierungsnummer: keine
Postanschrift: Braustraße 2
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +49 3419773800
Fax: +49 3419771049
Internetadresse: <https://www.lds.sachsen.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

69367ab8-202b-46e0-8d76-5ce331778637-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Veröffentlichung

Beschreibung

:

In Abschnitt betreffend die Zuschlagskriterien wurde bisher keine Angabe veröffentlicht. Das Zuschlagskriterium lautet: Preis (Gewichtung: 100 %). Aufgrund dieser Berichtigung wird die Angebotsfrist bis zum 12.08.2026 verlängert.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0f1e2232-8f12-41a3-86a8-7032ff270f8f - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/07/2026 09:53:07 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 508731-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 140/2026

Datum der Veröffentlichung: 23/07/2026